

Preis der Einzelhefte:
Die einseitige Seite
oder deren Raum 30 Pf.
Kleinanzeigen 90 Pf.

Verkaufspreis:
Hefenpreis:
für Diez 4.50 Mk.
für den Postanfall
(auschl. Postgeld)
4.50 Mk.

Verkauf täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.

Druck und Verlag
von H. Chr. Sommer,
Diez.

Diezer Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Bahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Verbunden mit dem „**Amtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 37

Diez, Mittwoch, den 18. Februar 1920

26. Jahrgang.

Rechte Nachrichten.

Die Friedensdebatte in Washington.

Washington, 17. Febr. Neuer. Der Senat hat einstimmig die Erörterung des Friedensvertrages wieder aufgenommen.

Verkauf der deutschen Schiffe.

Washington, 17. Febr. Neuer. Bei der Versteigerung der deutschen Schiffe hat der Präsident der Mercantile Marine Company Franklin unter Vorbehalt 14 Millionen 500 000 Dollar für 9 Schiffe, die für den Dienst zwischen den Vereinigten Staaten und den englischen und nordamerikanischen Häfen verwendet werden sollen.

Der Prozeß Gailleang.

Paris, 17. Febr. Heute nachmittag begannen vor dem obersten Gerichtshof die Verhandlungen gegen Gailleang. Dieser ist angeklagt, von der Kriegserklärung an Deutschland 1914, 1915, 1916 und 1917 sei es in Frankreich und besonders in Paris, sei es im Ausland, gegen die äußere Sicherheit des Landes Anschläge unternommen und ein Einverständnis mit dem Feinde gesucht zu haben, um dessen Hilfe gegen Frankreich und seinen Alliierten zu begünstigen. Das sind Vergehen gegen das Staatsgeheimnis und gegen das Militärjustizgesetz. Gailleang wird von den Anklagen, Denunziation, Verrat, Verrat und Mord verurteilt. Die letzten beiden sind Abgeordnete der Kammer. Die heutige Sitzung wird mit Verlesung der Anklageakten ausgefüllt werden. In die Verhandlungen wird am Freitag eingetreten werden. Der Vorsitz im obersten Gerichtshof hat von Bourgeois als Staatsanwalt ist Leconte tätig. Von der Anklagebehörde sind 71 Zeugen eingeladen, von den Verteidigern fast ebensoviel. Am 3. Tagen in der Woche Dienstag, Mittwoch und Freitag wird verhandelt.

Mindestpreise für Getreide und Kartoffeln der Ernte 1920.

Aus Berlin wird berichtet: Dem Reichsrat geht in einigen Tagen eine Vorlage der Reichsregierung über die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus der Ernte 1920 zu. Die wichtigsten Punkte für die Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft im kommenden Wirtschaftsjahr sowie für die verantwortlichen Stellen bestehen in folgendem: 1. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse möglichst zu fördern und den Nahrungsbedarf nach Möglichkeit zu mindern. In diesem Zweck hält es die Reichsregierung für notwendig, schon jetzt Maßnahmen zu treffen, die dem Landwirt die Sicherheit seiner angemessenen Verwertung seiner wichtigsten Erzeugnisse gewährleisten und dann die restlose Ausnutzung aller zu Gebote stehenden Produktionsmittel für das Frühjahr ermöglichen. In diesem Zweck schlägt die Regierung vor, in eingehenden Beratungen mit den Vertretern der Erzeuger, der Verbraucher und des Handels alsbald Mindestpreise für Getreide und Kartoffeln festzusetzen. Diese Preise stellen die Mindestvergütung für Getreide und Kartoffeln aus der Ernte 1920 dar, die auf Grund gesetzlicher Vorschriften abzuwickeln ist. Voranschläge werden im einzelnen: 1. für die Getreide (Weizen, Roggen, Gerste und Hafer 1000 Mk., Kartoffeln 500 Mk.). Diese Mindestpreise sind auf Grund des gegenwärtigen Standes der Produktionskosten errechnet. Sie tragen vorwiegend, da mit weiteren Steigerungen der Kosten zu rechnen ist, nur vorläufigen Charakter und bilden die Grundlage für einen endgültigen Preis, der kurz vor der Ernte festgesetzt werden soll. Die endgültigen Übernahmepreise, die zugleich Höchstpreise sein werden, sollen unter Berücksichtigung der bis zur Ernte eingetretenen Änderungen der Produktionskosten festgesetzt werden.

Auf diese Weise wird die Sicherheit gegeben, daß der Landwirt für die Festsetzung der Mindestpreise eine weitere Steigerung in Form der durch die Produktionskosten entstehenden Mehraufwendung durch die endgültigen Preise einen Ausgleich erhält. Bei den Voranschlägen ist davon auszugehen, daß die gebundene Wirtschaft für Getreide bezugsfähig ist, unter Einbeziehung des Saatforns, dessen einseitige Freigabe zu außerordentlichen Mißständen führte. Das Reichskabinett hält die Zeit noch nicht für gekommen, die gebundene Wirtschaft aufzuheben. Aufgabe weiterer Beratungen mit den beteiligten Kreisen wird es sein, die Einzelheiten der Bewirtschaftung nach Möglichkeit in der Richtung größerer Bewegungsfreiheit der Landwirtschaft anzugehen. Die in Aussicht genommene wesentliche Preiserhöhung für Getreide und Kartoffeln wird eine weitere Belastung für die Bevölkerung im kommenden Jahre nach sich ziehen. Das liegt aber in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse, denn von der neuen Regelung darf eine wesentliche Förderung der heimischen Produktion erwartet werden. Die nachhaltigste Ernährung unserer eigenen Produktionsquellen muß aber jetzt und zukünftig das Hauptziel unserer Wirtschaftspolitik sein. Je mehr Lebensmittel im Inland erzeugt werden, desto unabhängiger sind wir vom Ausland, das letzten Endes nur zu enormen Preisen den Zukunft gestatten wird. — Die Vorlage wird im Reichsrat und in der Nationalversammlung einer Beratung unterzogen. Die Entscheidung dieser Körperschaften wird nach Möglichkeit beschleunigt werden.

Aus dem besetzten Gebiet.

Frankfurt a. M., 17. Febr. Die englischen Streitkräfte haben Ende der letzten Woche die Stadt Bonn und mehrere umliegende Orte verlassen. An ihre Stelle sind sofort französische Truppen eingedrückt und haben Anstalten bezogen.

Von jetzt ab können alle politischen und andere Zeitungen und Zeitschriften aus dem besetzten Deutschland, deren Einfuhr nicht ausdrücklich verboten ist, nicht nur durch

Veranstaltung von Buchhandlungen und Zeitungsagenturen sondern auch im Wege des Postbezugs in das französisch besetzte Hessen-Nassau eingeführt werden.

Deutschland

München, 16. Febr. Gestern wurde hier der Staatsvertrag über die Vereinigung Koburgs mit Bayern unterzeichnet und der Staatsvertrag zwischen Bayern und Koburg über die Vereinigung Koburgs mit Bayern heute veröffentlicht.

Die sächsischen Gerichte sind so stark überlastet, daß kleine Vergehen kaum noch verurteilt werden können. Um einen Teil dieser Vergehen aus der Welt zu schaffen, hat die Volkskammer auf Vorschlag der Regierung jetzt einen neuen Straßengesetz für sämtliche Vergehen gegen die Rationierungsvorschriften beschlossen.

Holland

Amsterdam, 15. Febr. In den Amsterdamer und Rotterdammer Häfen wurde der allgemeine Verkehrskreis nunmehr verflüht.

Steuerabgabe und Vermögenszuwachs.

Ihr Auffassung weitverbreiteter Zweifel, die über die Verpflichtung zur Einreichung einer Steuererklärung für die Veranlagung der Kriegsabgabe, von Vermögenszuwachs und über die Art und Weise der Ausfüllung des Formulars entstanden sind, wird amtlich bekannt gegeben:

1. Jeder, dem ein Steuererklärungsformular zugeht, ist zur Abgabe der Steuererklärung verpflichtet. Erreicht der Vermögenszuwachs nicht die abgabepflichtige Höhe, so wird eine Veranlagung zur Kriegsabgabe nicht vorgenommen. Tassenangetastet ist aber die Steuererklärung abzugeben, wenn das Finanzamt hierzu aufgefordert hat.

2. Die in der Anlage zur Steuererklärung unter 1 und 2 vorgesehene Angabe der Wertpapiere im einzelnen erheischt sich nur, wenn ein von der Bank ausgehendes Verzeichnis vorgelegt wird, d. h. das Depotverzeichnis ist entweder der Steuererklärung beizufügen oder aber der Abgabepflichtige muß die Positionen 1 und 2 im einzelnen ausfüllen.

3. Die Anlage zur Steuererklärung wurde teilweise als Anlage zu Muster 2 bezeichnet. Dies erklärt sich daraus, daß in den Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz über die Kriegsabgabe und dem Vermögenszuwachs die Steuererklärung als Muster 2 bezeichnet wurde. Für den Abgabepflichtigen ist die Bezeichnung „Anlage zu Muster 2“ ohne Bedeutung.

4. Unter 3b und d des Formulars ist der sogenannte Drei-Monatsabgabebefehl vorgesehen. Hier wurde zweifelhaft, ob die Steuerpflichtigen trotz dieses Vorbehalts nicht nur den Drei-Monatsabgabebefehl, sondern den Unterhalt für sechs Monate abgeben berechtigt sind. Dies ist zu vermeiden, denn das Gesetz läßt nur einen Abgabebefehl für drei Monate zu und auch diesen nur unter besonderen Voraussetzungen. Wenn nach der guten Kriegsabgabebefehl erlassenen Vollzugsanweisung ein Abgabebefehl für sechs Monate zugelassen werden kann, so soll damit den Steuerpflichtigen keineswegs das Recht eingeräumt werden, in allen Fällen einen solchen Abgabebefehl zu verlangen. Die Finanzämter wurden von dem Reichsfinanzministerium beauftragt, nur in ganz besonderen Fällen ermächtigt, nämlich dann, wenn die Veranlagung des Sechsmonatsabgabebefehls für die Steuerpflichtigen eine besondere Härte bedeuten würde, eine Ausnahme von der gesetzlichen Regel Platz greifen zu lassen.

Die Frist für die Einreichung der Steuererklärungen zu den Kriegsabgaben wird vom Reichsfinanzministerium bis zum 29. Februar verlängert.

Der deutsche Kinderdöner

Ray Beveridge, die im Verein mit dem amerikanischen Offizier Oberst Conley und Hauptmann J. Almond Whitaker sowie dem amerikanischen Parlamentarier Claude Fah eine Besichtigungstour durch deutsche Volksschulen und Krankenhäuser gemacht hat, macht in einem „Der deutsche Kinderdöner“ über die Verhältnisse in der Frankfurter Zeitung aufsehenerregende Mitteilungen. Sie klagt die Journalisten und Politiker, die vom Verband herausgegeben wurden, um die Zustände in Mitteleuropa zu untersuchen, und die berichteten, daß die deutschen Kinder nicht an Verhungern seien, als Verräter und Hilfloser Kinder an. In den öffentlichen Schulen Berlins sieht man gegenwärtig — ein Jahr nach dem Waffenstillstand — allein über 200 000 Kinder aus Mangel an geeigneter Nahrung dahin. Ray Beveridge schildert im einzelnen die Zustände in den Schulen Berlins, wo sie kleine, im Wachstum zurückgebliebene, krummbekümmerte, hohlwangige, unterernährte Kinder in den Klassen gefunden habe. Davon merkten freilich die Ausländer nichts, die in ihrer Heimat berichteten, wie reichlich alles in den Berliner Hotels vorhanden sei. Von diesen Fremden hörte man, daß man für 15 Dollar ein gutes Mittagessen erhalten könne. Man sage aber nicht dabei, daß dies 80 Mark betrage, und daß 50 Mark ein v. H. eines Jahreseinkommens einer Volksschullehrerin seien. Im September habe sie in Göttingen einen amerikanischen Zeitungsphotographen gefunden, der die dünnen Kinder, die er zu Gesicht bekam, für ein New Yorker Blatt photographierte, damit das amerikanische Volk sehe, wie es mit den verhungerten deutschen Kindern bestellt sei. So treibe man mit der Menschlichkeit sein Spiel.

Die Uebertragung der Bahnen auf das Reich.

Der R. R. wird mitgeteilt: Am 5. Februar trug in Berlin die erste Sitzung des Sachverständigenbeirats zur Uebertragung der Bahnen auf das Reich. Im ganzen nahmen etwa 70 Personen an der Beratung teil. Der Vorsitzende, der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten Decker, führte aus, daß von allen Ländern eine zeitliche Verrückelung der Bahnen gewünscht wurde. Nur Bayern und Preußen übten Zurückhaltung. Bayern hat aber keine Ansicht mehr und mehr geändert, schon aus finan-

ziellen Gründen. Daher habe man den Termin der Uebertragung auf den 1. April 1920 festgelegt. Da Bayern in letzter Zeit eine Menge neuer Beamtenstellen geschaffen hat, so wird Preußen dazu übergehen, ein gleiches zu tun. Zu diesem Zweck wird der Preussische Landesversammlung in nächster Zeit ein Nachtragsetzt vorgelegt werden. Bei der Uebertragung muß nach dem Grundsatz verfahren werden, daß Preußen nicht schlechtergestellt werden darf, wie die anderen Staaten. Für jedes Land ist ein Landseisenbahnamt geplant. Dieser Vorschlag geht von Bayern aus. Die Landesbahnen sollen die Verwaltung leiten unter Aufsicht des Reichsverkehrsministeriums. Dieses solle ferner den einheitlichen Verkehr regeln, den Haushalt feststellen und in Beschwerden der Landesbahnenämter entscheiden. Ob indes die Einführung der Landesbahnenämter wirklich geschehen wird, ist noch fraglich, da ihr immerhin Bedenken entgegenstehen und das Reichsverkehrsministerium mit den einzelnen Eisenbahndirektionen direkt verkehren will.

Bezüglich der Aufkaufsumme wurde in Aussicht gestellt, daß 13 Milliarden auf Preußen entfallen sollen. Hierüber schweben aber die Verhandlungen noch. Bezüglich der Kleinbahnen ist noch keine Abmachung getroffen worden. Die Wasserstraßen können nicht so rasch auf das Reich übertragen werden. Diese bleiben vorläufig Sache der Länder. Die Gesundung der Eisenbahnen hängt ab von der Gesundung des ganzen Wirtschaftslebens.

Es sprachen noch die früheren Minister von Breitenbach und Hoff, die Eisenbahndirektionspräsidenten a. D. von Schaeven und Stieger, Generaldirektor Voelker (Dortmund) u. a. Die Herren sprachen sich teilweise gegen eine zu frühe Verrückelung, teils auch gegen die Erziehung von Landesbahnen aus. — Die Ansprache war wertvoll, hat sie uns doch gezeigt, daß das Verkehrs- und Eisenbahnwesen ein Ganzes ist, und daß ein einheitliches Eisenbahnwesen für das ganze deutsche Reich.

Vereinigte Staaten.

— Rücktritt Lansing's. Havas meldet aus Washington: Lansing ist zurückgetreten. Sein Rücktritt ist angenommen worden. Der Grund für den Rücktritt Lansing's ist darin zu suchen, daß Wilson ihn beurlaubte, er habe durch eigenmächtige Einberufung des Kabinetts zu einer Sitzung sich präsidiale Macht angewandt. Lansing hat darauf sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

Die Auslieferungsfrage.

Mailand, 16. Febr. Die italienische sozialistische Partei will die Parteien in den Entente-Ländern zu einem gemeinsamen Protest auffordern, um von der Auslieferung der deutschen Kriegsschuldigen abzusehen.

Paris, 15. Febr. Nach einer Radiomeldung aus Washington erklärt man von ernannter Seite, daß die Bundesregierung hinsichtlich der Auslieferung schon redigiert sei. Amerika bestätigte darin seine absolute Abneigung, an dem Prozeß gegen die Angeklagten nicht teilzunehmen, falls die Auslieferung vor den vom Verbands verlangten Gerichtshof kämen.

Kirche und Schule.

Trier, 17. Febr. 1920. Ende dieses Monats wird auch hier eine Volkshochschule eröffnet. Es werden zwei Kurse gegeben, die nebeneinander laufend etwa Anfang Juni abschließen sollen. Die Vorträge behandeln Gegenstände aus Kunst und Dichtung, Naturwissenschaft, Geographie, Heimatkunde und Heimatgeschichte, Volkswirtschaft und Bürgerkunde, Religion, Ethik und Philosophie und aus der deutschen Geschichte.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Eine exemplarische Strafe. Das Schöffengericht im Hochstadt in Bayern verurteilte zu der Strafe von 5 Jahren Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe den Landwirt Josef Vater aus Hombach, der während des Krieges überhaupt nichts abgeliefert hatte.

Vermischte Nachrichten.

* Anschlag auf einen D-Ing. Als der von Danzig kommende Berliner D-Ing am Mittwochabend im Dischauer Bahnhof einlief, kam es plötzlich zu einer Explosion, durch die 10 Reisende verletzt wurden. Verschiedenen Blättern zufolge sei eine Handgranate von Polen geworfen worden, die es auf eine Veranbarung des Juges abgesehen hätten.

* Schwere Grippeepidemie in Berlin. In den letzten Tagen nahm die Grippe den Wintern zufolge in Berlin nicht nur an Ausdehnung, sondern auch an Schwere der Erkrankung zu. Besonders Augenentzündung tritt jetzt wieder häufig im Gefolge der Grippe auf. Die Sterblichkeit wuchs wie im Oktober 1918 bedrohlich.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

!! Königswinter, 18. Febr. Goldene Hochzeit feiert am 20. Februar das Ehepaar Anton Klaus. Beide Ehegatten sind noch rüstig und gesund.

!! Frankfurt a. M., 16. Febr. Zwei Galizier und eine Frauensoldat wurden Samstag nachmittag, als sie dem Schnellzug nach Saarbrücken bestiegen von Polizeibeamten angehalten, da sie gar zu schwer an drei Handtaschen schleppten. Und das war gut, denn die Taschen waren bis unter die Hüften mit deutschem Silbergeld, sein hübschlich eingepackt, dicht gefüllt, insgesamt etwa 14 500 Mark. Unter dem Goldbesatz fanden sich auffallend viel Hühnerhälften und Gänsehälften. Die beiden wurden verhaftet, und das Silbergeld der Reichsbank zugeführt. — An der Konstablerwache saßte ein Kriminalbeamter einen Galizier ab, der 4 000 Mark Silbergeld verschleppt wollte.

!! Frankfurt a. M., 15. Febr. Mit nicht weniger als 68 Waffentücken, Kappenseiten und „Redouten“ wartete Frankfurt Samstagabend auf. Und alle diese Veranfassungen
